

Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 23. Januar 2008

Vorlagen-Nr. 07-F-25-0061

Familienfreundliche Kommune Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 5.6.2007 -

Der vom Hessischen Sozialministerium ausgeschriebene Landeswettbewerb "Familienfreundliche Kommune" setzt in diesem Jahr seinen Schwerpunkt auf die generationenübergreifende Kooperation. Unter der Fragestellung *"Alles unter einem Dach? Perspektiven für alle Generationen in unserer Kommune bis 2015"* sind die Städte und Gemeinden in Hessen aufgerufen, sich mit kommunalen Projekten, die in Kooperation mit Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft durchgeführt werden, an dem Wettbewerb zu beteiligen (Einreichungsfrist: 15.08.2007).

Kernziele bei der Erzielung von mehr Familienfreundlichkeit sind neben der Schärfung des Bewusstseins für Familien und ihre Anliegen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Verbesserung der finanziellen Situation für Familien. Im Rahmen des Wettbewerbs "Familienfreundliche Kommune" sollen Beispiele guter Praxis auf örtlicher Ebene ermittelt und somit Anregungen für zusätzliche Aktivitäten zur Familienförderung andernorts gegeben werden.

Als familienfreundliche Stadt, die Familien als Verantwortungsgemeinschaft - über die Generationen hinweg - stärkt und in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützt, verfügt Wiesbaden über eine Vielzahl von Projekten, in denen der Zusammenhalt der Generationen beispielhaft vorgelebt wird. Beispielhaft ist das Nachbarschaftshaus in Biebrich zu nennen, das gute Chancen hat, als "Mehrgenerationenhaus" im Sinne des gleichnamigen Aktionsprogramms des Bundesfamilienministeriums anerkannt zu werden.

Der Ausschuss für Soziales wolle daher beschließen:

Wiesbaden beteiligt sich am diesjährigen Landeswettbewerb "Familienfreundliche Kommune 2007".

Dabei ist insbesondere das Nachbarschaftshaus Biebrich als Best-Practice-Beispiel zur Förderung des Zusammenlebens der Generationen vorzustellen.

Der Magistrat wird gebeten, das in finanzieller und organisatorischer Hinsicht Notwendige zu veranlassen.

Beschluss Nr. 0011

1. Der Bericht des Dezernates VI vom 20.11.2007 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag ist damit erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2008

Diers
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2008

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2008

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister